

Keynote: Europäische Perspektiven

Dr. h.c. Jean-Claude Juncker,

Premierminister Luxemburgs und Vorsitzender der Euro-Gruppe

Europa verliert an Gewicht in der Welt. Der Anteil der Europäer an der Weltbevölkerung sinkt bis 2050 auf lediglich noch 7%. Jean-Claude Juncker erinnerte in seiner Eröffnungsrede zum Kongress Länderrisiken 2011 daran, dass Geschichte sich aus Geographie und Demographie zusammensetzt. Gerade demographische Faktoren würden unterschätzt. Man könne sie zwar relativieren, man dürfe sie aber nicht aus dem Auge verlieren. Luxemburg habe hinsichtlich der Demographie keinen Mengenrabatt. Aber dem chinesischen Premierminister sage er immer: „Wenn ich bedenke, dass wir beide hier ein Drittel der Menschheit darstellen.“

Demographie sei ein substantieller Teil zukünftiger Gestaltung, man müsse sie in Verbindung mit Geographie bringen. Europäische Geographie sei interessant, wenn es sich um politische Geographie handele. In Europa und an der Peripherie gebe es nach dem Fall der Mauer 27 neue Staaten, sie bereicherten Europa, sie hätten Europa auf der Weltkarte erkennbar gemacht. „Wenn man dies nicht zur Kenntnis genommen hätte, wenn wir die Europäische Union nicht erweitert hätten, hätten wir in Europa jetzt schlimme Zustände“, warnte Juncker. Denn zwischen diesen neuen Staaten habe es vielfältige Konflikte gegeben. Nun gebe es eine gemeinsame Sphäre der Stabilität und des Friedens.

„Wir haben im geeigneten Augenblick die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion auf den Weg gebracht, wir haben den Mantel Gottes, der durch



Jean-Claude Juncker fordert Solidität und Solidarität in Europa.

die Geschichte geweht ist, in dem Moment erhascht, als es notwendig wurde, europäische Geschichte und europäische Geographie zu versöhnen durch die Erweiterung der Europäischen Union“, sagte Juncker.

Ein wichtiger Teil der europäischen Erfolgsgeschichte sei die Einführung des Euro. Das habe Europa niemand zugetraut, dass es 17 Währungen zu einer einheitlichen Währung fusionieren könne. Das zeige, wenn Europäer mit einer festen Absicht und einem festen Zeitplan etwas gemeinsam bewerkstelligen wollten, dass sie das dann auch könnten. Der Euro

sei ein Erfolg, das zeigen nicht zukünftige Zahlen, sondern die bereits vorliegenden. Die Inflation war niedrig, der Euro stabiler als die D-Mark. Die Zinsen sind niedrig und weit niedriger als in den achtziger und neunziger Jahren. Auch die öffentlichen Finanzen sind solider als in den Jahren vor der Einführung des Euro. Die Haushalte wurden vor der Krise in allen Euro-Ländern konsolidiert.

Die zurückliegende Finanzkrise habe alle Teile der Welt gleichzeitig erreicht. Es habe diese Form der Krise zuvor nicht gegeben. Die Auswirkungen seien nicht absehbar gewesen. Konjunkturprogramme wurden auf den Weg gebracht. Es habe fast wieder Spaß gemacht, Regierungschef zu sein. Doch die Schulden nahmen zu und die Haushaltsdefizite verbreiteten sich. Eine Konsolidierung wurde eingefordert, aber vor Abwürgen der Konjunktur gewarnt. Doch Juncker schränkte ein: „Unsere aktuellen Probleme können wir nicht auf Kosten der nachrückenden Generationen lösen.“

Er warnte: „Wenn wir den Euro in der Krise nicht gehabt hätten, hätten wir total chaotische Verhältnisse gehabt.“ Vor Einführung des Euro habe es in Europa eine unwahrscheinliche Choreographie von Auf- und Abwertungen gegeben. Die Deutsche Mark würde in der Krise einen Höhenflug ungekannten Ausmaßes erlebt haben. Die schwächeren Währungen der südlichen Länder würden sich in einem Maße nach unten bewegt haben, dass es zu erheblichen makroökonomischen Ungleichgewichten in Europa gekommen wäre mit all den politischen Problemen, die damit verbunden sind.

Juncker stellte insbesondere das dominierende angebotsorientierte Wirtschaftsmodell der vergangenen Jahrzehnte in Frage: „Das Wirtschaftsmodell, an das wir so stark geglaubt haben, ist gescheitert. Wir haben uns eingebildet, man könne reich werden, ohne zu arbeiten. Wir haben an die unsichtbare Hand des Marktes geglaubt. Doch es gibt sie nicht. Wir haben uns im lauen Bad der Hypothese vom effizienten Markt gewälzt und geglaubt, der Markt habe immer recht. Doch wir haben gesehen, dass das nicht stimmt. Als der Kommunismus von der Bildfläche verschwand, haben wir blind geglaubt, unser

System sei das richtige. Wir haben übersehen, dass wir ein Ausbalancieren zwischen Markt und Staat brauchen. Der Markt pur hat ausgedient.“

Der Prozess der Reregulierung habe gerade erst begonnen. Von dem Ziel, dass alle Finanzprodukte transparent sein und unter Aufsicht stehen müssten, seien wir noch sehr weit entfernt. Den Finanzmärkten in Europa sei ein neuer Ordnungsrahmen gegeben worden. Doch es stecke in den neuen Institutionen noch zu viel Nationalstaatlichkeit drin.

„Wir haben keine Euro-Krise sondern eine Schuldenkrise einiger Euro-Staaten“, konstatierte Juncker. Der Euro sei stabil, gegenüber einigen Währungen sogar überbewertet. Es gebe ein Problem mit Portugal, Irland und Griechenland, das jedoch unterschiedliche Krisenerklärungen erfordere. Portugal habe eine Wachstumskrise, Irland eine Immobilien- und Bankenkrise, Griechenland ein Problem mit seiner Wettbewerbsfähigkeit. Seit Eintritt in die Eurozone habe Griechenland 25% seiner Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt.

Juncker plädierte für eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung: „Hätten wir mehr formelles Europa gehabt, hätte einiges an Krisenbildung verhindert werden können.“ Die europäischen Partner hätten die Aufmerksamkeit der Regierungen aller drei aktuellen Krisenstaaten auf die Ungleichgewichte und Verwerfungen gelenkt. Man habe aber nicht genug Einflussmöglichkeiten gehabt. In Europa sei die Geldpolitik zentral organisiert, die Wirtschaftspolitik aber den nationalen Regierungen überlassen. Mit der Novellierung des Stabilitätspakts müsse die Wirtschaftspolitik stärker ausgerichtet werden auf die Konsolidierung der Staatshaushalte. Es bedürfe automatischer Stabilisatoren anstelle der auf Konsens bedachten Absprache der Finanzminister.

Vor einigen Monaten sei der Euro-Plus-Pakt zur Wettbewerbsfähigkeit beschlossen worden, dessen Regeln auf eine dauerhafte Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit ausgerichtet seien. Auch wenn keine neuen Ansätze darin enthalten seien, helfe die Verpflichtung der Finanzminister dabei, die Regeln nun einzuhalten. Europa solle kein Staat werden, die

Union brauche auch keine gemeinsame Regierung. Aber weil Europa kein Staat sei, brauche es strengere Regeln als ein Nationalstaat.

Juncker sieht auch ein atmosphärisches Problem in Europa: „Es führt zu nichts, wenn man die Griechen fortgesetzt beleidigt.“ Die Griechen seien nicht die Ersten, die gegen den Stabilitätspakt verstoßen. Der Stabilitätspakt sei 2005 von Deutschland und Frankreich aufgeweicht worden. So müsse in konjunkturellen Phasen der Rezession das 3%-Kriterium der Neuverschuldung kurzfristig nicht eingehalten werden. Aber: Wer Solidarität einlege, müsse Solidität einhalten. Das griechische Privatisierungsprogramm müsse laufen, es gebe dort zwar noch rechtliche Hindernisse, so gebe es in Griechenland kein Grundbuch, das werde aber gelöst. Das Thema Umschul-

dung helfe nicht weiter, sei sogar schädlich. Die Ansteckungseffekte wären beträchtlich.

Zum Abschluss kam Juncker zurück auf die langfristige Perspektive Europas. Er beklagte, dass die europäischen Staaten derzeit zu sehr nach innen, auf die eigenen Bürger schauten. Doch auch wenn Europa an Gewicht verliere, müsse es nicht an Einfluss verlieren. Die USA und die Schwellenländer stünden vor großen Problemen. Vor diesen Wettbewerbern müsse Europa nicht bange sein. Nach der Krise dürfe nicht vergessen werden, dass Europa uns in der Krise geholfen hat. Die gemeinsame Perspektive müsse wieder eingenommen werden. „Wenn wir dies mit Herz und Verstand angehen, ist mir um Europa nicht bange.“